



Neuer Revierförster im Bipperramt West

Mit dem Forstbetrieb der Burgergemeinde Wiedlisbach hat Martin Rathgeb auch das Amt des Revierförsters für sechs Gemeinden im Bipperramt übernommen. Seite 24

Gleiches Problem für Fische wie im Inkwilensee

Im Sängeliweiher (Gemeinden Langenthal und Bleienbach) kam es Ende August zu einem Fischsterben. Die Tiere fanden zu wenig Sauerstoff. Seite 23

«So kann es nicht weitergehen»

Alt-Grossratspräsident Christoph Stalder ruft nach einem Damm gegen die Vorstossflut

Das Parlament ächzt unter der Flut von Vorstössen. Häufig kann es das Sessionsprogramm gar nicht abarbeiten. Höchste Zeit, Gegensteuer zu geben, fordert Grossrat Christoph Stalder.

BRUNO UTZ

Sie haben sich in der Fragestunde nach der Entwicklung der Vorstösszahlen erkundigt. Weshalb?

Christoph Stalder: Aus zwei Gründen: Als Grossratspräsident 2007/08 merkte ich einerseits, wie die Anzahl der Vorstösse zunimmt. Andererseits machte mich hellhörig, dass das Ratsbüro bei der Vorbereitung der jetzigen Session feststellte, dass zu viele Vorstösse vorhanden sind. Deshalb wurden die parlamentarischen Rechte eingeschränkt – bis Ende Legislatur gelten verkürzte Redezeiten. Nach meinem Gefühl gerät das Ganze aus dem Lot.

Können die Vorstösse überhaupt noch seriös behandelt werden?

Stalder: Ein Vorstoss einreichen, das ist schnell getan. Was jedoch damit für Verwaltung und Regierung an Aufwand verbunden ist, darüber geben sich viele Grossräte zu wenig Rechenschaft. Dabei würde oft ein Telefon mit der Verwaltung genügen.

Gemäss Sessionsprogramm hat der Grosse Rat gestern und heute über 60 Vorstösse zu behandeln, sonst nichts. Ist das nicht Zeitdiebstahl?

Stalder: Das ist so. Wegen der Unmenge an Vorstössen liegt mittlerweile das Sessionsprogramm im Chaos.

Ein Telefon mit der Verwaltung würde oft genügen.

Schwergewicht der Ratstätigkeit bei dereren Behandlung statt bei einer sorgfältigen Gesetzgebungsarbeit.

Oft reichen Grossräte Vorstösse mit einer oder allenfalls zwei Unterschriften ein. Damit werden kaum kantonale Interessen wahrgenommen.

Stalder: Es ist leider so, dass zahlreiche Vorstösse geprägt sind von persönlichen Hobbys und von Profilierungssucht. Für mich ist das der Beweis, dass die Fraktionspräsidenten ihre Leute nicht im Griff haben. Sonst würde mehr koordiniert und man würde sich auf weniger, jedoch schwergewichtige Vorstösse beschränken.



KRITISCH Grossrat Christoph Stalder (FDP/Bern) hat keine Freude an der Vorstossflut. MT

Die Fraktionsleitungen sollten eingreifen?

Stalder: Sie sollten sich bewusst werden, dass verschiedene ihrer Mitglieder wie wild Vorstösse einreichen.

Wo orten Sie die Ursachen dafür?

Stalder: Nächsten Frühling sind Wahlen. Da wollen zahlreiche Grossräte dokumentieren, dass sie aktiv sind. Schliesslich könnte es auch sein, dass gewisse Räte mit einem eigenen Vorstoss reagieren, wenn ein Kollege aus einer anderen Fraktion zu einem bestimmten Thema einen Vorstoss eingereicht hat. Man will das Feld nicht einfach den anderen überlassen.

Dazu kommt die grosse Medienpräsenz an den Sessionsen.

Stalder: Eindeutig.

Rechnen Sie damit, dass nun die Vorstösszahl wieder sinken wird, ganz einfach deshalb, weil nach der jetzigen Session eingereichte Vorstösse nicht mehr vor den Wahlen 2010 in das Parlament kommen?

Stalder: Nein. Die Medien werden ja mit den eingereichten Vorstössen bedient. Auch unter den Medien herrscht Wettbewerb, deshalb besteht immer die Chance, dass sich ein Medium für einen bestimmten Vorstoss interessiert und darüber berichtet.

Die Fraktionspräsidenten haben ihre Leute nicht im Griff

herrscht Wettbewerb, deshalb besteht immer die Chance, dass sich ein Medium für einen bestimmten Vorstoss interessiert und darüber berichtet.

Wo sehen Sie Verminderungsmöglichkeiten?

Stalder: Das Ratsbüro könnte beispielsweise dafür sorgen, dass Vorstösse zu einzelnen Hauptthemen wie Gesundheit, Verkehr, Bildung oder Planung kanalisiert werden.

Kanalisieren, was meinen Sie damit?

Stalder: Dass sich das Büro weigert, weitere Vorstösse entgegenzunehmen, wenn bereits andere zum gleichen Thema vorliegen. Ich weiss, das entspricht nicht dem bestehenden Ratsre-

2009 WIRD EIN REKORDJAHR

In den Jahren 1995 bis 2000 wurden pro Jahr durchschnittlich 256 Vorstösse eingereicht. Seit dem Jahr 2003 sind es jährlich mehr als 300, so Regierungspräsident Hans-Jürg Käser in der grossrätlichen Fragestunde. Im vergangenen Jahr wurden 331 Vorstösse gezählt. Und heuer wird wieder ein Rekordjahr, bis vergangene Woche waren es bereits mehr als 300 Vorstösse. Dabei ist zu bedenken, dass der Grosse Rat im Jahr 2006 zur Effizienzsteigerung von 200 auf 160 Mitglieder verkleinert wurde. (UZ)

glement. Auch die Kontingentierung für Fraktionen oder einzelne Ratsmitglieder wäre aus meiner Sicht ein probates Mittel. Allerdings wäre deren Einführung mit heftigen Diskussionen verbunden. Persönlich ziehe ich jedoch freiwillige Selbstbeschränkung und ein Eingreifen der Fraktionspräsidenten vor. Klar ist, das sieht der ganze Rat ein, dass es so wie bisher nicht mehr weitergehen kann.

Nachrichten

Tram Region Bern kommt in Fahrt



Nachdem der Kanton sowie die Standortgemeinden Bern, Ostermündigen und Könniz ihrem jeweiligen Anteil an den Projektierungskosten von rund 9 Millionen Franken zugestimmt hatten, wurden die Planungsarbeiten für das so genannte Tram Region Bern aufgenommen. Für die Neugestaltung des Eigenplatzes läuft bis Ende Oktober ein Wettbewerb. Studien zur Prüfung der Belastung der Innenstadt und zum Buskonzept sind in Erarbeitung. Das Vorprojekt soll bis Ende 2010 vorliegen. Die Behördendelegation legt laut einer Medienmitteilung des Kantons grossen Wert auf einen breit abgestützten Partizipationsprozess. Anregungen aus der Bevölkerung würden in die planerischen Überlegungen einbezogen. Tram Region Bern ist Teil des Agglomerationsprogramms Bern und soll vom Bund mit Geldern aus dem Infrastrukturfonds mitfinanziert werden. Der Baubeginn ist für 2014 geplant. (MGT)

Seftigen Töfffahrer kollidiert mit Auto und wird tödlich verletzt

Gestern Morgen, kurz vor 7 Uhr, war ein Motorradfahrer auf der Thunstrasse von Thun her in Richtung Seftigen unterwegs. Kurz vor der Dorfeinfahrt geriet er aus noch nicht bekannten Gründen auf die linke Fahrbahn und kollidierte dort frontal mit einem Personnenwagen. Der Töfffahrer verstarb noch auf der Unfallstelle. Die Lenkerin des Autos wurde leicht verletzt und musste ins Spital gebracht werden. Zur Klärung des genauen Unfallhergangs suchte die Kantonspolizei Zeugen. (PKB)

Wohlen Auto landet nach Unfall auf dem Dach

Ein Autolenker war am Dienstagabend, etwa um 17.45 Uhr, auf der Uettilingenstrasse in Wohlen unterwegs. In einer langgezogenen Linkskurve geriet das Auto an den Strassenrand und prallte gegen die Sichtschutzwand eines Einfamilienhauses. Dabei wurde das Auto aufgestülpt und drehte sich aufs Dach. Der Fahrer konnte mit Hilfe von Passanten sein Fahrzeug verlassen; er wurde zur Kontrolle ins Spital gefahren. (PKB)

INSERAT

H U N Z I K W R



Hunziker Optik 4900 Langenthal
Telefon 062 923 34 34 www.hunzikeroptik.ch

Alle wollen mehr Frauen

Parlament will keinen Bericht über Ämterverteilung in Gemeinden

Der Grosse Rat will keinen Bericht, weshalb nur wenig Frauen in Gemeindeämtern engagiert sind.

Ämter in Gemeinden eignen sich sehr zum Start einer politischen Karriere, erklärte gestern Dorette Balli (SP/Langenthal) ihre Motion. Darin verlangte sie ein «kommunales Genderranking» über das Verhältnis der Frauen und Männer in Gemeindepräsidenten, Exekutiven und Legislativen. Auch seien die entsprechenden Entgeltungen darzustellen. Zudem habe der Regierungsges-

rat die Steuerungsmöglichkeiten des Kantons bei der Förderung der Gleichstellung in den Gemeinden aufzuzeigen. «Ich will keine Dokumentation für die Schubladen», betonte Balli und verwies auf den Kanton Graubünden, der die verlangte Aufgabe bereits erfüllt habe.

Die FDP sei grundsätzlich skeptisch, wenn jemand einen Bericht verlange, erklärte Marianne Staub (Thun) das Nein der Fraktion: «Berichte verändern die Welt auch nicht.» Peter Brand (SVP/Münchenbuchsee) bezeichnete das Anlie-

gen als «sympathisch». «Ein Bericht bringt jedoch wirklich nichts. Das Ergebnis steht im Voraus fest.» Es sei Sache der Parteien, bei den Frauen das Interesse an der Politik zu wecken. Ins gleiche Horn stiess Beatrice Simon (BDP/Seedorf). Sie kritisierte den Vorstoss sogar grundsätzlich: «Wer einen Vorstoss einreicht, der will damit etwas verbessern. Das ist hier nicht der Fall.»

Weil einzig SP und Grüne Unterstützung signalisierten, wandelte Balli ihre Motion in ein Postulat um. Mit 55 zu 60 Stimmen scheiterte sie jedoch auch damit. (UZ)

Preis für «gute» Schulen

Wettbewerb für innovative Berner Schulen

Bereits seit Herbst 2008 arbeitet die Erziehungsdirektion laut Regierungsrat Bernhard Pulver (Grüne) an einem Konzept für einen Schulpreis. Schon aus diesem Grund war Pulver gestern bereit, eine entsprechende Motion von Daniel Steiner (EVP/Langenthal) anzunehmen. «Mir geht es darum, innovative Schulen mit einem Preis zu fördern und die Lösungen anderer Schulen zugänglich zu machen», sagte Steiner. Die Kantone Zürich und Luzern kennen solche Auszeichnungen bereits. So sei 2008 die Schule Gettnau LU für das Projekt «Der Natur auf der Spur» ausgezeichnet worden.

Keine Begeisterung löste Steiners Idee bei den Bürgerlichen

aus: «Die SVP ist erstaunt, dass jetzt sogar bei den Schulen eine Selektion stattfinden soll», klagte Bethli Küng (Saanen). Nach Meinung der BDP bedeutet die Auszeichnung «gute» Schule, dass alle anderen Schulen schlecht sind, wie Therese Rufer (Zuzwil) sagte. Und namens der Freisinnigen wehrte sich Corinne Schmidhauser (Bremgarten) gegen den Wettbewerb.

SP, Grüne und EVP fühlten sich angesichts der bürgerlichen Voten «im falschen Film» (Irene Hänsenberger, SP/Burgdorf). Angesichts des bürgerlichen Widerstands wandelte Steiner die Motion in ein unverbindliches Postulat um. Dieses überlieferte der Rat mit 88 zu 42 Stimmen. (UZ)